

Sächsische Vorzeitung und Elbgaupresse

Verantwortl. Red. Dresden Nr. 51307

Amtsblatt

Telegr. Adress: Elbgaupresse Blafewitz

für die Amtshauptmannschaften Dresden-Altstadt und Dresden-Neustadt, das Amtsgericht Dresden für die Superintendentur Dresden II, das Forstrentamt Dresden

und für die Gemeinden: Blasewitz, Weißer Hirsch, Laubegast, Dobritz, Wachwitz, Niederpoyritz, Hostertwitz, Pillnitz, Weißig, Schönfeld

Publikations-Organ und Lokalanzeiger für Loschwitz, Rochwitz, Bühlau, die Böhmischgemeinden, Dresden-Striesen, Neugruna und Tolkewitz

Erscheint jeden Wochentag nachm. 4 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: durch die Post vierteljährlich 12.— einschließlich Bestellgeld; durch Boten frei ins Haus vierteljährlich 12.— monatlich 4.— bei Abholung in der Geschäftsstelle vierteljährlich 11.— monatlich 3.75

Blasewitz
Sonntag, 4. Juli 1920.

Anzeigen-Preis: die gespaltene Grundzeile oder deren Raum 1.— Mark, im Textzeile die Zeile 250 Mark, für Tabellen- und schmalen Satz 50% Aufschlag. Anzeigen-Aufnahme für die nächste Nummer bis vorm. 11 Uhr

Die Politik der verflochtenen Woche.

Vor einigen Tagen haben wir den traurigen Jahrestag des Friedensschlusses von Versailles begangen. Rein anderer Wunsch kann an diesem Tage im deutschen Herzen geweckt worden sein als der, das Joch dieses schmachvollen Vertrages so bald als möglich abzuwerfen. Ein Vorkämpfer für die Revision des Friedensvertrages von Versailles ist Freiherr v. Versner, der im Paris durch die Zurückweisung der Auslieferungsnote den ersten Schritt getan hat, um das „Unannehmbar“ dieses Vertrages der Entente deutlich vor Augen zu führen. Freiherr von Versner hat am Dienstagabend im Reichstagsklub in Berlin vor einer zahlreichen Zuhörerschaft über Paris und Versailles gesprochen. Wir geben seine Ausführungen, die sowohl zur Erinnerung an die Lage von Versailles wie im Hinblick auf die kommenden Verhandlungen in Spa gleich bedeutungsvoll sind, in den Hauptzügen im nachstehenden wieder:

Freiherr v. Versner schilderte im Anfang seines Vortrags seine Tätigkeit als Vorsitzender der Deutschen Friedensdelegation, seine Bemühungen, die Gefangenfrage und die mit der Ratifizierung des Friedens zusammenhängenden Fragen zu lösen. Dabei ergaben sich mancherlei Konflikte. Die Entente, so führte Freiherr v. Versner aus, hat es uns sehr schwer gemacht, den Friedensvertrag in Kraft zu setzen. Sie hat den Friedenszustand nach Möglichkeit verlängert und versucht, noch eine Reihe von schweren Bedingungen von uns zu erpressen. Erwähnen Sie sich der Entschädigung, die sie für die Verletzung der deutschen Flotte vor Stapa Row forderte. Am 2. Dezember 1919 gab mir der bevollmächtigte Vorkämpfer der Friedenskonferenz eine Note, in der die sofortige Unterzeichnung des Schlußprotokolls verlangt wurde. Ich habe geantwortet, daß ich das Protokoll nicht unterschreiben würde, bevor nicht erhebliche Milderungen durchgesetzt seien. Krieg oder Frieden konnten auf dem Spiele stehen. Ich mußte aber fest bleiben und durfte nicht nachgeben, da sonst unsere Oasen- und Handelsstädte dem vollkommenen Ruin preisgegeben worden wären. Da lenkten dann auch die Franzosen ein und wir konnten uns in großen Sägen einigen. Als eine meiner Hauptaufgaben habe ich es betrachtet, durchzusetzen, daß wir mit den Vertretern der Entente stets gleichberechtigt und auf gleichem Fuße verhandelten. Das hat manchen harten Kampf gekostet. Aber es gelang mir doch, ziemlich rasch nach Beginn unserer Verhandlungen die Gleichberechtigung durchzusetzen. Man verlangte von mir die Vorlegung meiner Vollmachten. Ich habe das zugesagt unter der Bedingung, daß im Anschluß daran eine Sitzung der deutschen Kommission zur Prüfung der Papiere der alliierten Kommission stattfinden, und daß mir die alliierten Vollmachten zur Prüfung überreicht würden. Nach einigen Ueberlegen auf der Gegenseite wurde demgemäß verfahren. Eine Angelegenheit, der ich stets die größte Bedeutung beigelegt habe, war die Benutzung der deutschen Sprache. Man hatte mündliche Verhandlungen mit uns abgehalten, aber die Uebersetzung von Notizen in englischer und französischer Sprache gestattet. Die Friedensdelegation hat aber ihre Notizen in deutscher Sprache überreicht und eine englische und französische Uebersetzung beigelegt. Nachdem die Regierung den Frieden unterschrieben hatte, habe ich nur noch deutsch geschriebene Notizen überreicht und jede Uebersetzung weggelassen. Ich erwiderte, daß die Franzosen sehr verschäuft darüber waren, daß keine Uebersetzung beigelegt war. Ich habe mich indessen zur Uebersetzung nur bereit erklärt unter der Bedingung, daß auch Clemenceau seinen Notizen eine deutsche Uebersetzung beigelegt. Danach ist man auf die Angelegenheit nicht mehr zurückgekommen. Ich habe mich in Paris und Versailles niemals als der Besiegte gefühlt, sondern stets als völlig gleichberechtigt. Unser Meer und unsere Marine haben so glänzende Taten vollbracht, daß wir es nicht nötig haben, den Kopf in den Sand zu stecken, sondern frei jedermann ins Gesicht sehen können. Nach einer platonischen Schilderung der Personlichkeiten unserer Gegenpartei Clemenceau, Lloyd George und Wilson führte Freiherr v. Versner weiter aus: Ein schwerer Tag war für mich der 10. Januar, der Tag der Inkraftsetzung des Friedensvertrages. Ich war mir aber bewußt, daß der Vertrag, den wir mit unserer Unterschrift ins Leben setzten, den Todesstempel in sich trug. Ein Gewaltfrieden ist in unserem Jahrhundert unmöglich. Trotz aller unserer enormen Leistungen hat General Degoutte, der französische Oberbefehlshaber am Rhein fürzlich gesagt, solange dieser Vertrag nicht erfüllt sei, bestehe kein Frieden. Ganz unserer Ansicht, aber wir fügten hinzu: dieser Vertrag ist unmöglich und unerfüllbar. Er ist eine Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln, und zwar mit grausameren Mitteln, als sie in den blutigsten Schlachten des Weltkrieges angewandt wurden. Wir müssen die Grausamkeit, die Unmöglichkeit und Unerfüllbarkeit des Vertrages immer und immer wieder hervorheben. Im Ausland beschäftigt man sich schon sehr lebhaft mit dieser Frage. Nur bei uns wacht man immer noch nicht auf. Die große Masse unseres Volkes weiß immer noch nicht, was dieser Vertrag für uns bedeutet. Ist denn dieser Vertrag nicht der Hauptgrund aller unserer Uebel und unseres ganzen Elendes. Welch fürchterlichen Druck bedeutet die Vereinerung des Rheinufers und der Brückenköpfe. Es ist vor kurzem klar geworden, durch die Mitteilungen, die Tardieu gemacht hat, daß wir diese Sack hätten ablehnen können und ablehnen müssen. Und trotz dieses Vertrages, der alles enthält, was Elend und Lächer-

hat erlösen können, hat Herr Millerand noch die Hand nach Frankfurt a. M. und nach dem Rheingau ausgestreckt. Nach meinem wiederholten Briefwechsel mit Clemenceau stand im Januar d. J. fest, daß der Bormarsch in deutsches Gebiet völlig ausgeschlossen sein sollte, es sei denn im Falle einer deutschen Kriegserklärung. Der Bormarsch bedeutete also einen offenen Vertragsbruch. Ich bedauere, daß unser Geschäftsträger in Paris die Befehlsnote angenommen hat, anstatt sie Frankreich vor die Fährde zu werfen und ich bedauere, daß unsere Regierung nicht sofort die diplomatischen Beziehungen zu Frankreich abgebrochen hat. Die Folgen unserer Duldung sind denn auch nicht ausgeblieben. In San Remo hat es die Entente offen ausgesprochen, daß sie das Recht habe, deutsches Gebiet zu besetzen, sobald Deutschland mit der Erfüllung des Vertrages im Rückstand bleibe. In unsere eigene Hand ist es gegeben, ob bei nächster Gelegenheit das Ruhrgebiet besetzt wird oder nicht. Wir müssen die Franzosen ganz klar darauf aufmerksam machen, daß wir in dem Augenblick, in dem deutsches Gebiet neu besetzt wird, die diplomatischen Beziehungen abbrechen und den Vertrag als abgebrochen betrachten. Die Entente ist auf unseren guten Willen sehr angewiesen, als viele von uns es glauben. Alle die Ententennoten, die uns zugeht, werden, sind ein Ausfluß des Geistes, der den Vertrag von Versailles beherzigt. Was kann ein jeder von uns tun, um diesen Geist zu überwinden? Man hat mir in Versailles immer entgegengehalten, der Friedensvertrag sei ein Werk der Vergeltung, weil wir den Krieg vom Jaune abgebrochen und barbarisch geführt hätten. Diese Grundthese des Vertrages muß jeder Deutsche angreifen. Die Frage der Schuld am Kriege muß geklärt werden und wir müssen immer und immer wieder geltend machen, wie unsere Gegner sich an uns veründigt haben. Wir müssen der Welt vor Augen führen, daß unsere Feinde die letzten sind, die uns Grausamkeiten vorwerfen können. Solange das deutsche Volk einig ist, sind wir eine internationale Macht. Mehr als je ist deshalb Einigkeit des gesamten Volkes und der gesamten Presse notwendig und ausschlaggebend. Heute ist wieder der Augenblick gekommen, einig zu sein in den Fragen der auswärtigen Politik. Ein Ehre muß immer wieder durch ganz Deutschland und durch die Presse gehen: Revision des Versailler Friedensvertrages von Versailles! In Paris wird man immer sagen, daß wir das Verlangen nach Revision ja nicht aussprechen. Deshalb muß das deutsche Volk die Revision immer wieder ausdrücklich fordern. Unser Ziel ist und bleibt die Revision des Friedensvertrages, eines Vertrages, der täglich und stündlich unser Herzblut trinkt. Wir werden nicht eher ruhen und rasten, bis dieser Versailler Friedensvertrag umgeworfen ist, damit wir leben und Deutschland wieder hochkommen kann.

Sächsische Volkshammer.

131. Sitzung vom 2. Juli 1920.

Auf der Tagesordnung steht zuerst der Haushaltsplan für die Landespolizei. Den Einnahmen von 101 950 811 Mk. stehen Ausgaben gegenüber von 127 445 888 Mk., so daß ein Fehlbetrag von 25 495 077 Mk. erforderlich ist. Abg. G. A. (Soz.): Wichtig ist, daß die Truppe von republikanisch gesinnten Offizieren geführt wird. Bei den Verbungen für die Truppen sollen politische Kommissare mitbestimmt werden. — Abg. Schierand (Dem.): Die Entente fordert Auflösung der Sicherheitspolizei innerhalb drei Monaten. Das ist eine Entwürdigung Deutschlands, gegen die auch schärfste Protest erhoben werden muß. Die angestrebte Erhöhung der Ortspolizei ist ganz zwecklos. Wir brauchen Reichswehr, Sicherheitspolizei und Einwohnerwehr zur Bekämpfung von Unruhen und zum Schutze der Bevölkerung. — Abg. Adler (Dtschnat.): Wir während der Regierung die Mittel, welche zur Aufrechterhaltung der Ordnung notwendig sind. — Abg. Liebmann (Unabh.): Die Sicherheitspolizei ist nicht weiter als die Fortsetzung des alten Militarismus. — Abg. Blüher (Dtschnat.): Wir halten es für nötig, daß der Regierung Mittel in die Hand gegeben werden, um Ruhe und Ordnung zu schaffen. Die Frage, ob es nötig ist, der Truppe einen militärischen Anführer zu geben, die Frage der Befolgung und des Richtendienstes sind am besten im Ausschuss zu lösen. Mit der von der Entente an Stelle der Sicherheitspolizei vorgeschlagenen Ordnungspolizei ist unter den heutigen Verhältnissen auf keinen Fall auszukommen. Gerade jetzt haben wir in einer neuen Krise, die sich in der Stilllegung von Betrieben und größerer Arbeitslosigkeit bemerkbar macht. Und auch die Unruhen geben zu denken. Es ist eine Logik, die nur in Paris zu verstehen ist, wenn man angesichts einer so kritischen Zeit unserer politischen Lage Mittel verweigern will. Schon die Holzlage hat gezeigt, daß die militärischen Kräfte zur Bekämpfung von Unruhen nicht ausreichen. Wir müssen trotz der feindlichen Notizen Nachmittel zur Aufrechterhaltung der Ordnung haben. Minister des Innern Kühn: Die Regierung gibt sich noch immer der Hoffnung hin, daß die Entente ihre Forderung auf Abschaffung der Sicherheitspolizei fallen läßt. Auf jeden Fall lag der Regierung daran, den Etat der Sicherheitspolizei festzustellen. Die politischen Kommissare haben die Aufgabe, den Verwaltungsbehörden über alle Vorgänge auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet innerhalb ihres Bezirks ständig zu berichten. Mit der Technischen Nothilfe hat die Landespolizei nicht das Geringste zu tun. Die Bekleidung für die Sicherheitspolizei ist nicht von englischen Firmen, sondern von der Reichsbekleidungsstelle geliefert

worden. Bei der Einsetzung von Offizieren als Nachrichtenkommissaren wird die Regierung von Fall zu Fall entscheiden. Die Errichtung der Sicherheitspolizei ist eine rein innerpolitische Angelegenheit, in die sich die Entente nicht einzumischen hat. Daß die Truppe auch bei Bekämpfung von Putzscharen eingreifen muß, ist selbstverständlich. Die Regierung bittet das Vertrauen, das die Sicherheitspolizei im Lande genießt, nicht durch eine ungerechte Kritik zu erschüttern.

Die Vorlage wird an den Haushaltsausschuss A verwiesen. Abg. Dr. Barge (Dem.) berichtet dann namens des Rechtsausschusses über den Antrag, die Ueberwachungsanstalten an das Landespräsidium anzuschließen. Er beantragt Zurückziehung des Antrages, und ein Ersuchen an die Regierung zu stellen, die Amtshauptmannschaften zur Durchführung der für die Ernährung der sächsischen Bevölkerung nötigen Maßnahmen, insbesondere auch der Sicherstellung juristisch gehaltener oder verhöbener Lebensmittel, nachdrücklich zu veranlassen und den Mitgliedern der Ueberwachungsanstalten das Recht der Beschlagnahme zu sichern.

Geheimrat Dr. Frische erklärt namens des Wirtschaftsministeriums, daß es bereit sei, dem Antrage zu entsprechen. — Abg. Kammelsberg (Dtschnat.) ist Gegner des Antrages und glaubt nicht, daß durch die Annahme die Ernährungsfrage gebessert wird. Niemals dürfen Mitglieder der Ueberwachungsanstalten die Geschäfte der Staatsanwälte übernehmen. Man befreie uns von der Zwangsverwaltung. — Abg. Hartmann (Dem.) wendet sich ebenfalls gegen das Beschlagnahmerecht der Ueberwachungsanstalten. Soweit man nicht gehen. — Abg. Krause-Chemnitz (Soz.) verteidigt die Ueberwachungsanstalten.

Der erste Teil des Antrages findet mit großer Mehrheit, der zweite Teil mit 2 gegen 16 Stimmen Annahme.

Abg. Graupe (Soz.) begründet darauf seine Anfrage über die Lage der vogtländischen Stickerindustrie. Seit 1911 ist die Spinnindustrie bereits im Niedergang. Aber den schwersten Schlag hat sie dadurch erlitten, daß sie gerade in jenen Staaten, mit denen wir im Kriege standen, die besten Absatzmärkte hatte. Im Inlande verdrängt die Lebensmittelerzeugung weiten Volkskreisen den Absatz von Stickeren. Endlich sind die Rohstoffpreise so gestiegen, daß an Stelle der Fabrikation vielfach nur ein Schleißhandel mit Garnen getrieben wird. Nötig ist da zunächst die Heranführung von ausreichenden Rohstoffen. Leider ist durch den Abbruch von Maschinen nahezu ein Drittel des vorhandenen Maschinenmaterials verkauft, so daß uns später eine Konkurrenz sehr schwer wird. Bedenklich ist dabei die große Arbeitslosigkeit der Sticker und Zeichner, und bedauerlich ist es, daß die Polizei in Plauen amerikanische Käufer so schäntlich hat, daß diese erklärten, nicht wieder kommen zu wollen. Wir hoffen, daß die Regierung alle Maßnahmen ergreift, um die Stilllegung der Betriebe zu verhindern und die Arbeitslosigkeit zu beheben.

Geb. Regierungsrat Dr. Jani: Die schwierige Lage der Stickerindustrie ist aufs engste verknüpft mit unserer wirtschaftlichen Krise, um so mehr, da der Niedergang der vogtländischen Stickerie schon vor dem Kriege eingeleitet hat. Um der Arbeitslosigkeit zu begegnen, hat sich das Wirtschaftsministerium bemüht, durch Konfektionierung von Frauenhemden Arbeit zu schaffen. Gewiß, durch den Abbruch von Maschinen ist ein Teil der Stickerindustrie nicht mehr auf der früheren Höhe, und es wird daher zu erwägen sein, ob dem Vogtlande eine andere Industrie überwiegen werden könne, wenn die Regierung auch die Schwierigkeiten einer solchen Arbeitsänderung nicht verkennt. Die Uebertragung der Stickerarbeit nach Oberfranken wäre sehr bedauerlich. Die Handelskammer Plauen wird alles tun, um die Unternehmer von solchen Maßnahmen abzuhalten.

Abg. Lehlig (Dtschnat.) wünscht eine Besprechung der Gesamtfrage der sächsischen Industrie. Leider verfügt unser Wirtschaftsministerium nicht über das notwendige statistische Material. Plauen sei früher vermöge seiner vorzüglichen Schulen eine industrielle Musterstadt gewesen. Jetzt leidet diese Stadt natürlich besonders schwer unter der Kaufkraft auf dem Luxusmarkt. Außerdem herrscht augenblicklich auf dem ganzen Weltmarkt das größte Mißtrauen gegen die deutschen exportierenden Industrien. Plauen besonders leidet auf die Konkurrenz von Frankreich und St. Gallen. Immerhin sehen wir die Zukunft für Plauen nicht so trübe an. Doch wird es noch einige Jahre dauern, bis der dauernde Export einsehen kann. Der Arbeiterstand ist dringend anzuregen, sich vorübergehend eine andere Beschäftigung zu suchen. Von Tarifverträgen für Hausarbeiter möchte abgesehen werden.

Ministerialrat Kraus ergänzt die Ausführungen des Vertreters des Wirtschaftsministeriums. Zu verhindern ist im Interesse der schwerleidenden Arbeiter die Vergebung der Arbeit nach auswärts. Die Arbeiterarbeit war in Oberfranken schon seit 100 Jahren in Blüte und ist erst in letzter Zeit in Plauen eingeführt worden. Es handelt sich also nicht um eine Abwanderung.

Abg. Günther-Plauen (Dem.) weist darauf hin, daß augenblicklich mehr die Arbeitslosigkeit als die Tariffrage in Betracht gezogen werden möchten. Stickeren sind keine Stapelwaren, zumal bei den jetzigen hohen Garnpreisen. Die Vorklage der Spinnindustrie ist keine Einzelerscheinung, sondern sie hängt mit dem Weltkrieg eng zusammen. Trotzdem muß versucht werden, recht viele Ueberlandsaufträge hereinzubekommen. Die Stillsetzung durch Ueberweisung von Konfektion nach Plauen ist gewiß bemerkenswert, aber die Hauptindustrie zu haben, ist die beste Hilfe. Die Regierung muß in diesem Sinne tätig sein, um dem tüchtigen Kaufmann die Bahn für den Export freizumachen.